



MENSCH VOR MASCHINE

Weil die Zukunft uns gehört!

ARBEITSPROGRAMM

2023 - 2028



proge_jugend

**PRO/GE
JUGEND**



PRO-GE Jugend

www.proge.at

Inhaltsverzeichnis

1) Mensch vor Maschine	5
2) Mobilität	8
3) Bildung	10
4) Stärkung der Jugendvertrauensrät:innen	12
5) Mentale Gesundheit	14
6) Lehre modernisieren	16
7) Berufsschulen	19
8) Wohnen	21
9) Zum Teufel mit der Prüfungshölle!	23
10) Überbetriebliche Ausbildung	26
11) Steuern und Staat	29

Arbeitsprogramm

1) Mensch vor Maschine

Seit einigen Jahren sind wir Teil einer industriellen Revolution. Arbeitsprozesse werden schneller, Produktionszeiten kürzer und Lieferketten wurden bis zum Ausbruch der Covid-19 Pandemie immer komplexer. Als junge Arbeiter:innen sehen wir den technologischen Fortschritt auf der einen Seite als Herausforderung und auf der anderen als eine Chance, die Arbeitswelt so zu gestalten, wie wir uns diese für die Zukunft vorstellen.

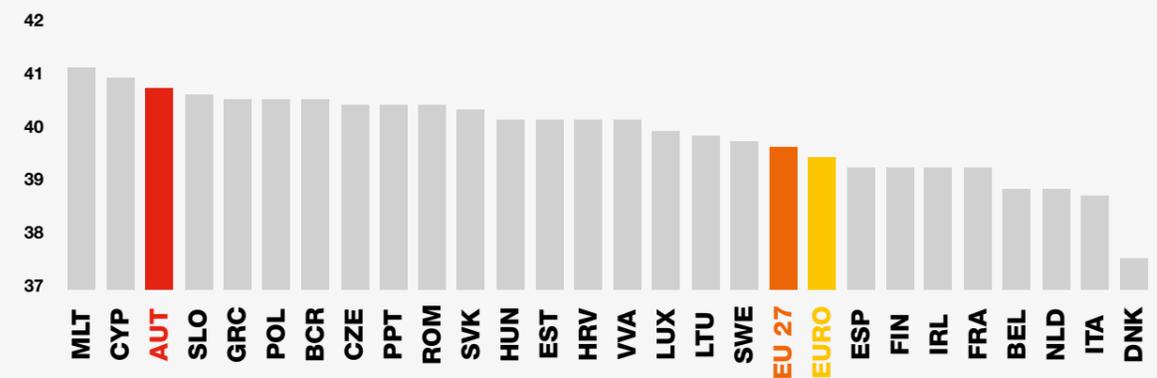
In den Medien werden junge Kolleg:innen gerne als eine arbeitsscheue oder sogar faule Generation bezeichnet. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil der Fall! Wir wissen, was

wir können, wir wissen, was wir wollen und können es uns auch genau deshalb leisten, starke und mutige Forderungen zu stellen.

Um die immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsabläufe auch meistern zu können, braucht es vor allem eines: Bildung, Bildung, Bildung! Als PRO-GE Jugend sehen wir hier vor allem die Lehre als die wichtigste Basisausbildung. In keiner anderen Ausbildungsform lassen sich Theorie und Praxis so eng miteinander verknüpfen. Jedoch darf diese Bildung nicht nach der Lehrabschlussprüfung enden. Es braucht auch danach noch weitere Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung.

ARBEITSZEITEN IM EU-VERGELICH

Durchschnittliche Arbeitszeiten von Vollzeit-Beschäftigten



#wirtschaftkompakt



Das größte Problem ist hier für Arbeiter:innen jedoch oft die mangelnde Zeit. Vor allem für Kolleg:innen in der Schichtarbeit ist es oft unmöglich, sich intensiv weiterzubilden.

Nicht alle Menschen haben den gleichen Zugang zu digitalen Endgeräten oder die notwendigen Skills, um in einer digitalisierten Arbeitswelt mithalten zu können. Dieser digitale Gap muss berücksichtigt und geschlossen werden, um allen Menschen die gleichen Chancen zu bieten. Hier spielt für uns die generelle Frage der Inklusion eine Rolle. Dies betrifft nicht nur die Arbeitswelt als Ganzes, sondern auch uns als Gewerkschaftsbewegung direkt. Körperliche Einschränkungen dürfen kein Hindernis sein, um sich in unserer Organisation zu engagieren.

Beinahe alle Branchen leiden derzeit unter einem Fachkräftemangel. Wir sehen hier aber vor allem viele hausgemachte Probleme. Der eklatante Rückgang an Ausbildungsbetrieben und Lehrstellen in den letzten Jahrzehnten fällt nun vielen Betrieben auf den Kopf. Wer sich jahrelang nicht um die Ausbildung von jungen Kolleg:innen gekümmert hat, braucht sich nun auch nicht wundern, dass es zu wenig Facharbeiter:innen gibt. Um solche Situationen in Zukunft zu verhindern, brauchen wir Maßnahmen, um Betriebe mehr in die Pflicht zu nehmen. Wir sehen eine Notwendigkeit für eine verpflichtende Anzahl an Lehrstellen, gekoppelt an die Anzahl der Mitarbeiter:innen nach dem Vorbild des Behinderteneinstellungsgesetzes. Strafzahlungen bei Nichterfüllen sollen in die betriebliche Lehrstellenförderung fließen.

FORDERUNG:

- Eine bezahlte Freistellung für alle beruflichen Weiterbildungen im Ausmaß von mindestens zwei Wochen pro Jahr für alle Arbeitnehmer:innen, welche nach eigenem Ermessen wahrgenommen werden können
- Eine bezahlte Freistellung für berufliche Aus- und Weiterbildungen (wie beispielsweise Meister oder Lehre mit Matura)
- Einen Anspruch auf Bildungskarenz bei vollem Entgelt
- Einen Rechtsanspruch auf Abschaffung des Digi-Gaps

- Einen Rechtsanspruch auf digitale Weiterbildungen während der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer:innen
- Eine Arbeitsplatzsicherung für von Digitalisierung betroffene Kolleg:innen
- Die Einführung einer Maschinensteuer
- Eine deutliche Reduktion der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit
- Die Einführung einer an die Mitarbeiteranzahl gekoppelten Quote für die Anzahl von Lehrlingen nach dem Vorbild der Behinderteneinstellungsgesetzes
- Eine Absicherung, um das Unterschreiten der Armutsgrenze bei kollektivvertraglichen Mindestlöhnen zu verhindern
- Möglichkeiten der Bereitstellung von Dokumenten und Materialien für Menschen mit einer Beeinträchtigung der Sehkraft
- Ausbildungsangebote für SekretärInnen zum Thema Inklusion (z.B.: Gebärdensprache)
- Sitzungen und Veranstaltungen bei Bedarf nur an barrierefreien Orten abhalten
- Leichte und finanziell abgesicherte Umschulungsmaßnahmen
- Finanzierung des Meisterkurses inklusive Prüfungsgebühren durch den Arbeitgeber

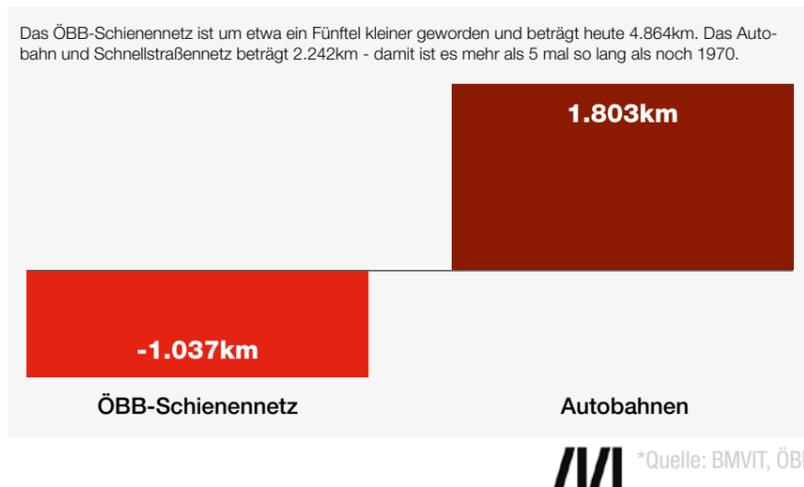
2) Mobilität

Wir leben noch immer in einer Zeit, in der man in den meisten Regionen des Landes ohne ein Auto nicht weit kommt. Wir als Gewerkschaftsjugend sehen Mobilität als Grundrecht. Autofahren ist meist kein Freizeitspaß, sondern notwendig, um täglich in die Arbeit zu kommen oder Einkäufe erledigen zu können. Die massiv gestiegenen Spritpreise treffen vor allem die Jugend, welche noch kein hohes Einkommen hat und trotzdem auf das Auto angewiesen ist.

Viele junge Kolleg:innen hätten aber ohne eine finanzielle Unterstützung der Eltern gar nicht die Chance, ein Auto zu lenken. Im Jahr 2022 variierten die Kosten für die Führerscheinausbildung in der Klasse B zwischen 1.200 und 1.900 €*. Wer sich diese hohe Summe nicht leisten kann, hat auch einen großen Nachteil am Arbeitsmarkt. Eine Integration des Führerscheins in das Bildungssystem würde diesen Missstand beseitigen.

Gerade als Jugendorganisation ist die Bekämpfung der Klimakrise eine Existenzfrage. Dies steht für uns auch nicht im Konflikt mit den oben angeführten Punkten. Auch für alternative Antriebsformen oder Carsharing-Fahrzeuge benötigt man einen Führerschein und der Individualverkehr wird auch in den nächsten Jahren nicht über Nacht verschwin-

den können. Das Momentum Institut veröffentlichte bereits 2020 einen Bericht über die Entwicklung von Bahnstrecken in Österreich. <https://www.moment.at/story/schiene-versus-strasse-die-entwicklung-der-verkehrsnetze-5-grafiken>



Demnach hat sich das Schienennetz in Österreich in den letzten 50 Jahren um über 1.000 Kilometer verringert. Dieser Entwicklung muss entgegengewirkt werden. Alte Bahntrassen müssen wieder in Betrieb genommen und neue gebaut werden!

Als PRO-GE Jugend ist es uns im Kollektivvertrag des Metallgewerbes erstmalig gelungen, das österreichweite Klimaticket für Lehrlinge zu verankern. Die vielen positiven Rückmeldungen geben uns auch den notwendigen Rückenwind, um diese Forderung auf alle Branchen auszuweiten.

FORDERUNG:

- Die Senkung der Anforderungen für eine Pendlerpauschale
- Ausreichende Bereitstellung von Parkmöglichkeiten vor Betrieben für Mitarbeiter:innen
- Die Umsetzung in allen Kollektivverträgen der PRO-GE, dass Lehrlinge jährlich ein Klima-Ticket Ö ohne Entfall der Aufwandsentschädigungen erhalten. Bereits erworbene, aktuell gültige Klima-Tickets sollen rückerstattet werden
- Kosten, wenn z.B. das Verkehrsnetz nicht ausreicht oder unzumutbar ist und junge Arbeitnehmer:innen auf ihr KFZ angewiesen sind, um den Betrieb bzw. die Berufsschule zu erreichen, sollen zusätzlich erstattet werden
- Eine digitale Version des Klimatickets am Smartphone
- Kostenlose Integration des Führerscheins in das Bildungssystem
- Reaktivierung von stillgelegten Schienennetzen
- Einen massiven Ausbau des Schienennetzes und Ausbau des gesamten öffentlichen Verkehrs, sowie die Abfahrts- und Ankunftszeiten

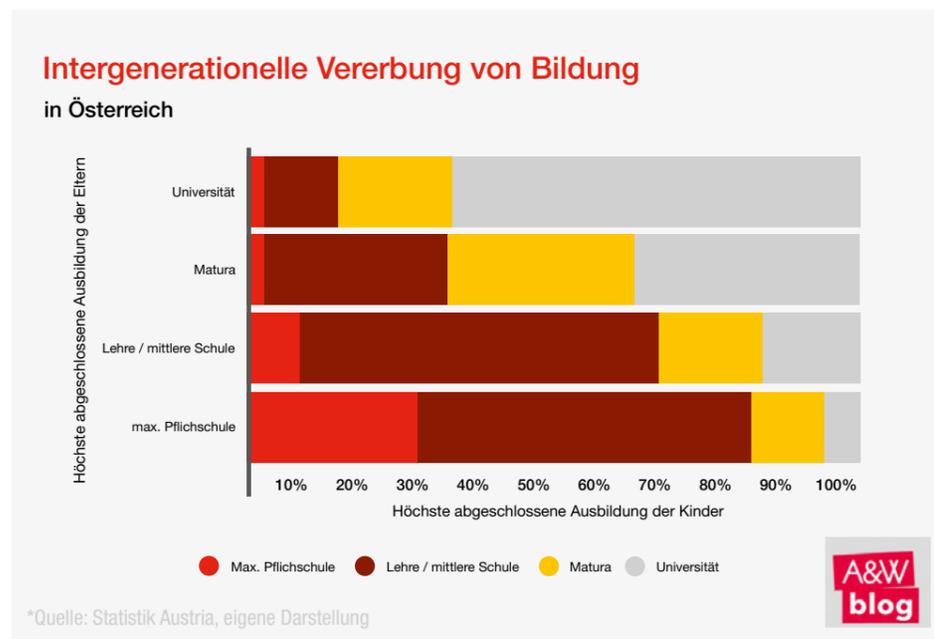
*Quelle: Arbeiterkammer

3) Bildung

Obwohl seit Jahren die Kritik an unserem Bildungssystem sehr laut geworden ist, gibt es sehr wenig Initiativen der Politik, etwas zu verändern. Es ist nach wie vor eine Tatsache, dass Bildung vererbt wird. Wenn die Eltern eines Kindes einen akademischen Abschluss haben, ist die Wahrscheinlichkeit für einen Uniabschluss des Kindes um ein Vielfaches höher als bei Kindern von Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den oft sehr ungerechten Chancen und den finanziellen Mitteln! Wir stehen vor allem für einen freien Zugang zu Bildung. Nationalität, finanzielle Mittel oder das Geschlecht dürfen keine Hürde zum Bildungssystem darstellen. Zwar werden Förderungen und Beihilfen für Schüler:innen aus finanziell schwachen Haushalten angeboten, jedoch ist man oft mit einem hohen bürokratischen Aufwand konfrontiert, um überhaupt an die noch viel zu geringen Gelder zu gelangen. Egal ob es um Schulmaterialien für das Kind in der Volksschule geht oder das studierende Arbeiterkind, dass sich das WG-Zimmer nicht leisten kann. In einem der reichsten

Länder auf diesem Planeten darf die finanzielle Herkunft keine Rolle in der Bildungslaufbahn spielen.

Mit dem Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr sind wir ein weltweiter Vorreiter. Um sich aktiv an der Demokratie beteiligen zu können, sollte man aber auch wissen, wie diese funktioniert. Sie ist es wert, dafür zu kämpfen und dies gelingt am besten, in dem man über Demokratie spricht. Vor allem in Öster-



reichs Schulen wird politische Bildung viel zu wenig berücksichtigt. Daher wäre ein eigenes Unterrichtsfach in allen Schultypen dringend notwendig und würde den Diskurs und die Beteiligung bei Wahlen nach oben drücken.

Die Schwächen im Bildungssystem sahen wir alle zu Beginn der Covid-Pandemie. Fehlende digitale Endgeräte, zu wenig geschulte Lehrkräfte und ein durcheinander in den einzelnen Bundesländern sind nur ein paar Beispiele für Probleme und zeigen den dringenden Reformbedarf auf!

FORDERUNG:

- Die jährliche Anpassung und eine Verbesserung des Förder- und Beihilfensystems diese muss zwingend höher sein als die rollierende Inflation
- Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen
- Politische Bildung in allen Schultypen
- Ein gemeinsames Schulrecht für ganz Österreich
- „Digitale Grundausbildung“ als Unterrichtsfach in allen Schulformen. Die fachliche Basisausbildung darf jedoch aufgrund der wachsenden Digitalisierung nicht zu kurz kommen
- Verpflichtende, kontinuierliche und verstärkte pädagogische Ausbildung von allen Lehrkräften (inkl. Ausbilder:innen)
- Digitale Endgeräte für alle in Ausbildung

4) Stärkung der Jugendvertrauensrät:innen

Seit mittlerweile über 50 Jahren gibt es in Österreich das Gesetz, welches den Jugendvertrauensrat möglich macht. Die Freude über demokratische Mitbestimmung von Lehrlingen ist aber nicht in allen politischen Lagern gleich groß. Die ÖVP/FPÖ Regierung, welche von 2017 bis 2019 im Amt war, hatte folgenden Satz in ihrem Regierungsprogramm:

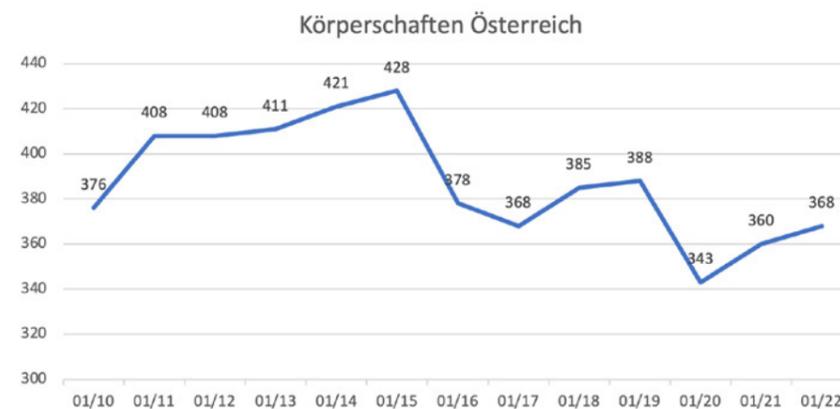
Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt (Harmonisierung mit „Wählen ab 16“) und ersetzt den Jugendvertrauensrat.

Die Abschaffung des Jugendvertrauensrates wäre nicht nur ein demokratiepolitischer Schlag ins Gesicht gewesen, sondern erneut eine Schlechterstellung von Lehrlingen gegenüber anderen Ausbildungsformen. Jeder junge Mensch kann eine Vertretung in seiner/ihrer Ausbildung wählen, nur bei Lehrlingen wollte man dies anscheinend nicht. Doch der Einsatz von so vielen hat sich gelohnt! Anfang 2019 lenkten die beiden Regierungsparteien ein und gaben bekannt, dass sie auf die Abschaffung des JVRs verzichten werden.

Seit dieser Zeit ist die Gründung von neuen JVR-Körperschaften und die Unterstützung dieser von noch größerer Bedeutung

als davor. Oft ist die Gründung ein langwieriger Prozess und erfordert viele Gespräche und Überzeugungsarbeit. Zwei Dinge müssen auch angesprochen werden. Zum einen ist die Gründung von JVR-Körperschaften nicht nur eine Angelegenheit der Jugendabteilungen, sondern im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Zum anderen muss das Ziel sein, dass es in den nächsten Jahren keinen Betrieb mit einem Betriebsrat und mehr als fünf Lehrlingen gibt, in dem kein JVR gewählt wurde.

Der immer steigende Druck in den Betrieben macht es jedoch für viele immer schwieriger, sich in den Gremien der Gewerkschaft zu engagieren. Die derzeit geltenden rechtlichen Regelungen reichen hier leider oft nicht mehr aus, um die Interessen der jungen Kolleg:in-



nen in unsere Bewegung zu tragen. Dies ist eigentlich eine unserer großen Stärken. Wir erfinden keine Forderungen oder überneh-

men diese von irgendwelchen „Expert:innen“. Die wahren Expert:innen in Fragen der Lehrlingsausbildung sind für uns die Jugendvertrauensrät:innen. Sie haben das Ohr bei den Lehrlingen und wissen, wo der Schuh drückt und was verbessert werden muss. Um dies auch in Zukunft gewährleisten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für unsere Jugendvertrauensrät:innen!

Doch niemand fällt als Genie vom Himmel. Der Schlüssel zu einer aktiven und guten JVR-Arbeit liegt in der Bildung. Als PRO-GE Jugend sind wir sehr stolz auf unser Bildungsprogramm. Damit die Jugendvertrauensrät:innen dieses noch intensiver nutzen können, braucht es eine Ausweitung der Bildungsfreistellung. Eine dritte Woche während

der Funktionsperiode würde mehr Spielraum für eine noch bessere Ausbildung schaffen. Weiters ist aufgrund der hohen Fluktuation in den JVR-Gremien eine Erweiterung der Bildungsfreistellung auf Ersatzmitglieder dringend notwendig. Derzeit müssen ganze Körperschaften nach zwei Jahren Funktionsperiode wieder bei null starten. Hier könnte man mit dieser Ausdehnung einen wichtigen Schritt in Richtung Kontinuität schaffen!

Die Jugendvertrauensrät:innen von heute, sind die Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen von morgen. Unterstützen wir sie und kämpfen wir gemeinsam für gute Rahmenbedingungen. Gerade jetzt im Jubiläumsjahr des Jugendvertrauensrätegesetzes!

FORDERUNG:

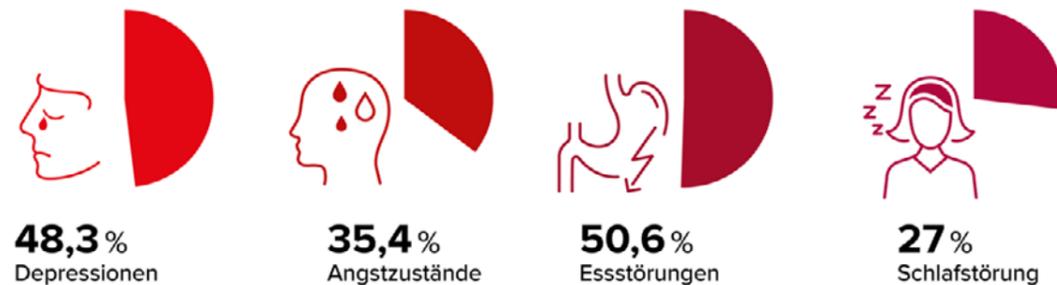
- Bessere Freistellungsmöglichkeiten durch das Arbeitsverfassungsgesetz für Jugendvertrauensrät:innen
- Erweiterung der Bildungsfreistellung auf drei Wochen, sowie auf Ersatzmitglieder
- Betriebsrät:innen, welche trotz der bestehenden Möglichkeit keinen JVR im Betrieb installieren, sollen keine Führungsrollen in der Gewerkschaftsbewegung übernehmen können

5) Mentale Gesundheit

„Die Gesundheit ist das Wichtigste!“ ist ein oft zitierter Satz. Meistens bezieht man sich dabei aber auf die körperliche Gesundheit. In den letzten Jahren mussten wir mitansehen, dass wir uns aber vor allem um die psychische Gesundheit von Jugendlichen sorgen müssen. Viele Kolleg:innen leiden seit einiger Zeit an Depressionen oder noch schlimmeren Symptomen einer psychischen Belastungsstörung. Bereits im Frühjahr 2021 führte die ÖGJ gemeinsam mit der Medizinischen Universität Wien und der Donau Universität Krems eine österreichweite Umfrage zur psychischen Gesundheit von Lehrlingen durch. Die Befragung unter den rund 1400 teilnehmenden Lehrlingen brachte besorgniserregende Ergebnisse:

sich berechtigterweise oft im Stich gelassen. Um die Situation zu verbessern, reicht es aber nicht, erst am Ende eines langen Leidensweges anzusetzen. Es sind vor allem niederschwellige Angebote, welche viel abfedern und verhindern können. Den Jugendlichen muss dort geholfen werden, wo sie sind, also in Schulen und Freizeiteinrichtungen. Aber auch die Betriebe müssen hier in die Verantwortung genommen werden.

Wer an einer psychischen Erkrankung leidet, muss endlich offen darüber reden können, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen. Ein breiter Diskurs über psychische Erkrankungen kann dazu beitragen, dass Betroffene früher entsprechende Hilfsangebote annehmen und somit die seelische Ge-



Quelle: ÖGB

In den stationären Einrichtungen der Kinder und Jugendpsychiatrien gehört eine Triage seit langem zur Realität. Therapieplätze und Behandlungsangebote haben Wartezeiten von mehreren Monaten und die Betroffenen fühlen

sundheit in der Gesellschaft steigt. Als nächstes muss aber auch von der Politik gehandelt werden. Wir brauchen mehr und kostenlose Unterstützungsangebote für betroffene Jugendliche!

FORDERUNG:

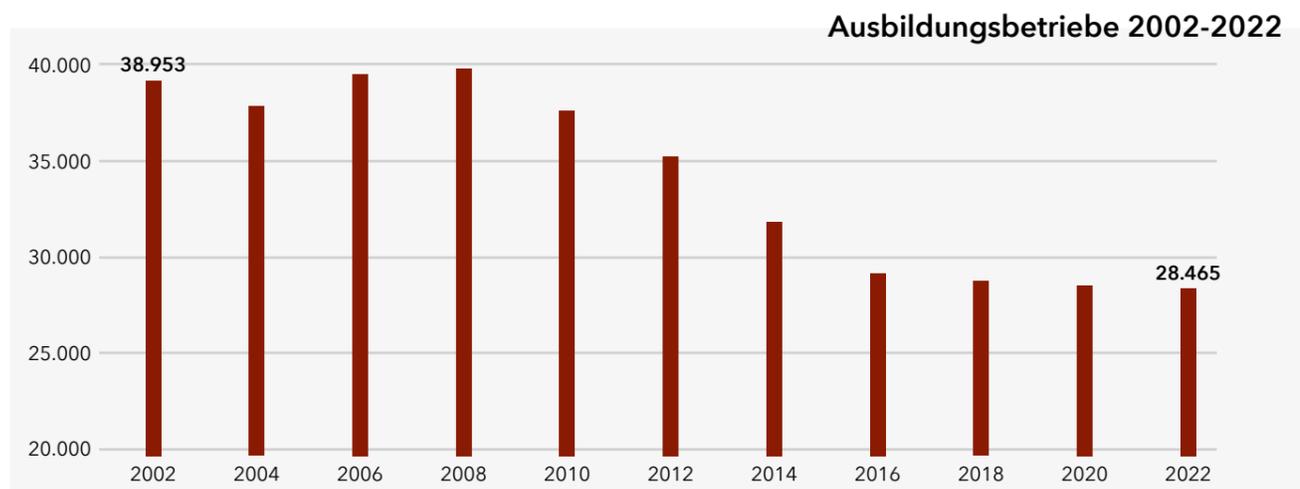
- Vollständige Kostenübernahme durch die Krankenversicherung und flächendeckend ausreichende Kapazitäten für Psychotherapie, funktionelle Therapie und kinder- und jugendpsychiatrische Angebote. Keine Kontingentierung oder Deckelung in der Kapazität der Angebote
- Ausbau der psychosozialen Unterstützung an Berufsschulen
- Präventionsmaßnahmen zu Mobbing und Diskriminierung ausbauen
- Entstigmatisierung und Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen
- Mehr finanzielle Mittel für Jugendeinrichtungen

6) Lehre modernisieren

Beinahe täglich wird in den Medien über den Fachkräftemangel berichtet. Das wohl wirksamste Mittel gegen diesen wäre die Ausbildung von Lehrlingen. Zwar kann in den letzten Jahren ein leichter Aufwärtstrend bei den Lehranfänger:innen verzeichnet werden, jedoch ist das im Vergleich zum Rückgang der letzten Jahrzehnte viel zu wenig. Während sich 1975 noch rund 45 % aller 15-Jährigen für eine Lehre entschieden haben, waren es 2021 nur mehr 38 %. Dies zeigt uns vor allem eines: Die Lehre muss wieder attraktiver werden. Sie darf nicht nur der Plan B sein, wenn es mit einer höheren Schule nichts wird. Gerade in unseren technischen Lehrberufen sprechen wir von einer hoch komplexen Ausbildung, welche den jungen Kolleg:innen sehr viel abverlangt. Diese hohen Herausforderungen meistern die Lehrlinge jedoch trotzdem außerordentlich gut. Die wohl größte

Wertschätzung für diese Leistungen ist eine angemessene Entlohnung. Hier ist uns in einigen Kollektivverträgen schon viel gelungen. Jedoch ist das Ziel von 1.000 € in vielen Bereichen noch ein weit entferntes. Gerade aufgrund der Tatsache, dass Lehranfänger:innen immer älter werden, ist eine kräftige Anhebung der Lehrlingseinkommen notwendig, um die Ausbildung auch für diese Personen attraktiver zu machen.

Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass auch die Betriebe in die Pflicht genommen werden müssen. Während es 2002 noch fast 39.000 Ausbildungsbetriebe gab, waren es 2022 nur mehr 28.000. Hier muss von den Betrieben, die nicht ausbilden, zumindest ein finanzieller Anteil eingefordert werden. Das ÖGJ Konzept einer Fachkräftemilliarde würde eine umlagefinanzierte Lehrstellenförderung sicherstellen.



Quelle: WKO

Das Modell Lehre mit Matura war einer der wichtigsten bildungspolitischen Fortschritte der letzten 20 Jahre. Es ist mittlerweile ein gut integriertes Konzept und eröffnet vielen jungen Kolleg:innen die Chance, eine Universität zu besuchen. Wichtig ist hier vor allem die Finanzierung, welche immer nur für ein paar Jahre sichergestellt wird. Danach entscheidet sich jedes Mal neu, ob Lehre mit Matura auch in Zukunft kostenlos bleibt.

Wer ausbildet, muss sich auch selbst bilden! Viele Ausbilder:innen sind technisch sehr begabt und verfügen über ein großes Wissen. Was jedoch oft fehlt, ist eine pädagogische Kompetenz. Hier müssen verpflichtende Weiterbildungen für Ausbilder:innen eingeführt werden. Weiters fordert die technologische Entwicklung auch

technische Weiterbildungen. Digitalisierung in der Lehrlingsausbildung darf nicht an den ausbildenden Personen scheitern!

Seit einigen Jahren werden Lehrberufe alle fünf Jahre auf ihre Aktualität überprüft. Als PRO-GE sitzen wir bei Veränderungen oder neuen Berufsbilder aktiv am Verhandlungstisch. Hier ist es für uns wichtig, Lehrlinge und Jugendvertrauensrät:innen in die Prozesse einzubinden, um ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebervertreter:innen bestmöglich zu vertreten. Ein notwendiger Schritt zur Steigerung der Ausbildungsqualität sind für uns die Einführung von Teilprüfungen. Diese nehmen dem Lehrling nicht nur den Druck einer riesigen Lehrabschlussprüfung, sondern geben dem Lehrling auch einen Überblick, wie weit er in seiner Ausbildung ist.

FORDERUNG:

- Verpflichtende, kontinuierliche und standardisierte Weiterbildung für Ausbilder:innen
- Die Sicherstellung der Finanzierung von Lehre mit Matura
- Anhebung der Lehrlingseinkommen auf mindestens 1.000 € im ersten Lehrjahr
- Eine verpflichtende Weiterbeschäftigungszeit von mindestens 6 Monate für alle Lehrlinge. Unabhängig von der gehemnten Frist, welche die Weiterbeschäftigungszeit durch Präsenz- oder Zivildienst unterbricht soll die

Weiterbeschäftigungszeit Minimum 3 Monate aufrecht bleiben.

- Eine stärkere Kontrolle des tatsächlichen Ausbildungsstandes der Lehrlinge
- Die Umsetzung des ÖGJ-Konzeptes für eine Fachkräftemilliarde
- Verstärkte Einbindung von Lehrlingen in die Überarbeitung von Berufsbildern
- Essenszuschuss von mindestens € 5,00 täglich während der ganzen Lehrzeit. Bei außerbetrieblichen Verpflegungen einen zusätzlichen Essenszuschuss von mind. € 5,00 pro Tag
- Bei außerbetrieblichen Arbeiten einen zusätzlichen Essenszuschuss von mindestens € 5,00 pro Tag

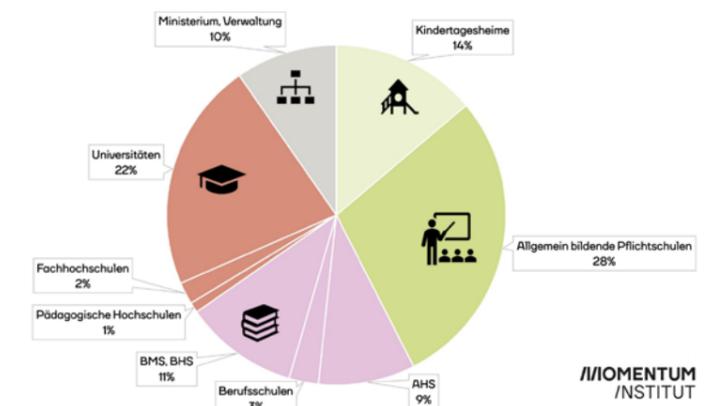
7) Berufsschulen

Berufsschulen haben in der dualen Ausbildung eine wichtige Rolle. Sie übernehmen einen großen Teil der theoretischen Ausbildung von Lehrlingen. Jedoch sind sie oft mehr als nur ein Lernort. Für viele Lehrlinge ist der Berufsschulbesuch die einzige Möglichkeit, sich mit Lehrlingen aus anderen Betrieben auszutauschen. In lehrgangsmäßig organisierten Berufsschulen sind viele Jugendliche oft das erste Mal über einen längeren Zeitraum von zuhause weg. Um die bestmögliche Ausbildung garantieren zu können, müssen die Wohnheime auf einen höheren Standard gebracht werden. Die aktuell leicht steigenden Lehrlingszahlen sorgen aber in den Schülerheimen bereits zu Problemen. Viele Heime können nicht die benötigte Anzahl an Schüler:innen unterbringen. Diese müssen entweder auf andere Unterkünfte ausweichen oder täglich eine sehr lange Anreise in Kauf nehmen.

Viele Berufsschulen befinden sich an Orten, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur sehr schwer oder gar nicht erreichbar sind. Dies hat zur Folge, dass die meisten Schüler:innen mit einem PKW anreisen. Leider ist es oft der Fall, dass die Parkplätze der Schulen viel zu klein sind und somit die Schüler:innen auf andere Parkflächen ausweichen müssen.

Digitalisierung macht auch vor den Berufsschulen nicht halt! Zumindest sollte sie es nicht. Die Realität sieht oft anders aus. Hier wird ein dringender Digitalisierungsboost benötigt. Der Overheadprojektor soll endlich dorthin verbannt werden, wo er hingehört. In ein Museum!

Bildungsausgaben: Rund ein Drittel fließt in die Pflichtschulbildung
Wenig Geld wird für Berufsschulen, Pädagogische Hochschulen und FHs ausgegeben



Quelle: Statistik Austria, Bildungsausgabenstatistik 2020

Mit dem eigenständigen Unterrichtsfach politische Bildung ist die Berufsschule eine der wenigen Schulformen, wo es überhaupt existiert. Die Qualität des Unterrichts ist aber gerade in diesem Fach enorm vom unterrichtenden Lehrer abhängig. Hier soll verstärkt auf die Einbindung der Sozialpartner geachtet werden.

Gerade für junge Menschen wird eine gesunde Ernährung immer wichtiger. Jedoch kann

in Schulen eine ausgewogene Ernährung nur über Kantinen erfolgen. Bei Kantinen muss sichergestellt werden, dass gesundes, schmackhaftes und vor allem leistbares Essen angeboten wird und nicht Gewinnbestrebungen im Vordergrund stehen. Eine ausgewogene Ernährung fördert nicht nur die Gesundheit, sondern trägt auch maßgeblich zu besseren Lernerfolgen bei. Sind dann die guten Noten in der Tasche, haben es sich die Lehrlinge auch verdient, für die guten Leistungen belohnt zu werden. Dies würde vielen den kleinen Ansporn geben, sich noch etwas besser auf die eine oder andere Prüfung vorzubereiten.

FORDERUNG:

- Modernisierung der Berufsschulen mit dem Fokus auf digitale Infrastruktur
- Schaffung von modernen Berufsschulzentren
- Schaffung von kontrollierten Kochmöglichkeiten in Berufsschulen und Internaten damit Vandalismus keinen Fuß fassen kann.
- Modernisierung und Ausbau der Schülerheime
- Schaffung von leistbaren Kantinen, in denen auch gesunde Mahlzeiten angeboten werden, für alle Schüler:innen und Lehrer:innen
- Schaffung von ausreichend kostenlosen Parkplätzen für Lehrer:innen und Schüler:innen
- Zugang externer Referenten aus dem sozialen und politischen Bereich, wie AK, ÖGB, Gewerkschaften usw.
- Zusätzlich zwei freie Tage nach bestandener Berufsschulklasse
- Mindestens € 150,- Prämie für die bestandene Berufsschule
- Übernahme der Berufsschulesseuskosten in Form von Zahlung des Mittagsmenus der Schule oder ebenfalls mindestens € 5,00 Zuschuss pro Tag
- Kostenlose Erste-Hilfe-Kurse während der Unterrichtszeit

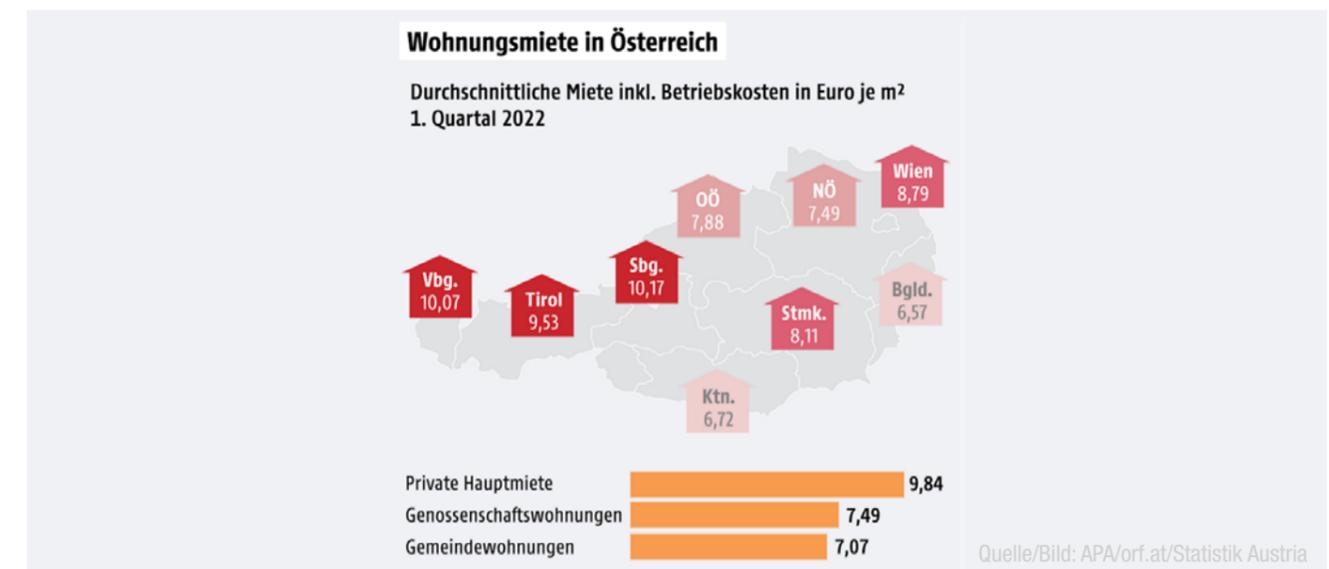
8) Wohnen

Die erste eigene Wohnung, ist einer der wohl wichtigsten Schritte im Leben eines jungen Menschen. Explodierende Mieten und zu wenig sozialer Wohnbau machen Wohnen derzeit aber zum Luxus. In Ballungszentren sind Wohnungen oft Spekulationsobjekte und werden teilweise gar nicht vermietet. Die höchsten Mietpreise in Österreich gibt es in Salzburg. Mit durchschnittlich 10,17 € pro Quadratmeter ist es für Kolleg:innen mit einem Lehrlingseinkommen beinahe unmöglich, das Hotel Mama zu verlassen.

Jedoch sind es nicht nur Spekulationen und das zu geringe Angebot an sozialem Wohnbau, die die Mieten nach oben schnellen lassen. Auch die extrem gestiegenen Energie-

preise erschweren ein selbständiges Leben. Ein weiteres Problem stellt die neue Regelung, wonach bei einer Kreditvergabe eine Eigenmittelquote von 20 Prozent vorgegeben ist. Dies trifft erneut wieder vor allem junge Menschen. Dieses Konzept muss so schnell wie möglich an die Einkommensrealitäten junger Menschen angepasst werden.

Für Jungfacharbeiter:innen wäre die Einführung eines Jugendstartbonus eine große Unterstützung. Dieses Konzept sieht vor, dass der Arbeitgeber pro Lehrjahr mit einem Betrag in Höhe von zwei Lehrlingseinkommen rücktstellt. Diese Summe, welche sich jedes Lehrjahr erhöht, wird nach einem positiven Abschluss der Lehre ausbezahlt.



FORDERUNG:

- Mehr sozialen/geförderten Wohnbau
- Einführung eines „Jugendstartbonus“
- Abschaffung der 20prozentigen Eigenmittelquote bei Kreditvergaben
- Mietkostenzuschuss für Jugendliche und junge Erwachsene

9) Zum Teufel mit der Prüfungshölle!

Die Lehrabschlussprüfung (LAP) ist für jeden Lehrling einer der wichtigsten Tage im noch jungen Berufsleben. Allein im Jahr 2021 konnten 22,7 Prozent die Prüfung nicht positiv absolvieren. Dieser Wert steigt seit Jahrzehnten und sollte uns zum Handeln bewegen.

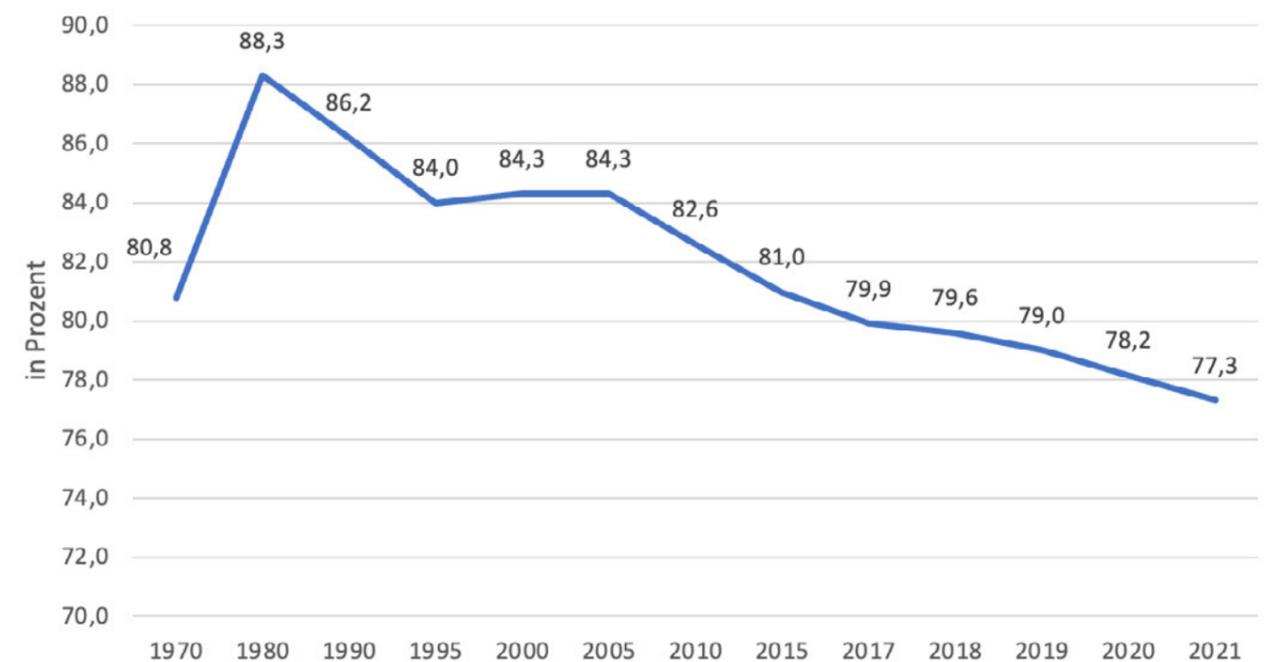
Vor allem in technischen und handwerklichen Berufen kommen unterschiedliche Gerätschaften und Maschinen zum Einsatz. Diese unterscheiden sich häufig von den Maschinen, die im Lehrbetrieb vorhanden sind. Somit muss sich ein Lehrling nicht nur auf das Anfertigen eines Prüfungsstück konzentrieren, sondern auch noch auf eine

Unterweisung auf den am Prüfungsort verwendeten Maschinen.

Ein weiteres Problem ist oft auch eine große Nervosität, diese könnte mit sogenannten „Simulationsprüfungen“ minimiert werden. Somit würde jeder Lehrling wissen, was ihn am Prüfungsort erwartet und auch die Abläufe der Prüfung kennen.

Um die Lehrabschlussprüfung zu bestehen, ist vor allem eine gute Vorbereitung wichtig. Mittlerweile werden die angebotenen Vorbereitungskurse zwar bezahlt, jedoch finden diese häufig außerhalb der Arbeitszeit statt

Bestandene Lehrabschlussprüfungen



Quelle: WKO

und verlangen von unseren Kolleg:innen nach einem Acht-Stunden-Arbeitstag nocheinmal mehrere Stunden volle Konzentration. Hier müssen die Betriebe dafür Sorge tragen, dass sich jeder Lehrling in einem angemessenen Umfang auf die Prüfung vorbereiten kann.

Neben der Vorbereitung ist auch der Zeitpunkt für unsere Kolleg:innen essenziell. Gerade während den Covid-19 Lockdowns konnten wir sehen, welche Auswirkungen ein später Prüfungstermin hat. Ein großer Teil der Kollektivverträge sieht eine Bezahlung als Facharbeiter:in erst nach dem Ab-

legen der LAP vor und es gibt größtenteils auch keine rückwirkende Vergütung durch die Kollektivverträge.

Nicht nur unsere Lehrlinge gewinnen bei Berufsmeisterschaften regelmäßig Weltmeistertitel, auch bei der Auszahlung von betrieblichen Förderungen würden wir diesen Titel vermutlich bekommen. Zum Beispiel wird ein Betrieb mit einer Förderung belohnt, wenn der Lehrling ein gutes Ergebnis bei der LAP hat. Ob es wirklich der Betrieb ist, der die Leistung bei einer LAP erbringt, muss in Frage gestellt werden.

- Dass Lehrlinge von ihrem Lehrbetrieb zeitgerecht zur LAP angemeldet werden müssen
- Bei positivem Abschluss der Lehrabschlussprüfung rückwirkend bis zum ersten Tag nach Ablauf des Lehrvertrages mit Vergütung des Facharbeiter:innen-Lohns, welche ihnen ab Abschluss der LAP zusteht
- Dass die angeführten Forderungspunkte für die LAP bei jedem Prüfungsantritt Gültigkeit haben müssen

FORDERUNG:

- Prämie von mindestens € 250,- für bestandene LAP
- Bezahlte Freistellung in allen Kollektivverträgen zur persönlichen
- LAP-Vorbereitung unter Fortzahlung des Entgelts im Ausmaß von mindestens einer Arbeitswoche, um zuhause oder im Ausbilderbetrieb lernen zu können
- Ein Angebot für Simulationsprüfungen in allen Lehrberufen, um auf die Prüfungssituation besser vorbereitet zu sein
- Verpflichtende Vorbereitung für den praktischen Teil der Lehrabschlussprüfung unter Fortzahlung des Entgelts in allen Kollektivverträgen
- Das Recht, den Prüfungsort während der Arbeitszeit vorzeitig zu besichtigen

10) Überbetriebliche Ausbildung

Österreich hat mit der Ausbildungsgarantie bis 25 und der Ausbildungspflicht bis 18 zwei einzigartige Systeme. Jeder junge Mensch, der eine Ausbildung absolvieren möchte, bekommt auch die Möglichkeit dazu. Einen großen und wichtigen Beitrag in diesem System leistet die überbetriebliche Ausbildung (ÜBA). Dort bekommen junge Kolleg:innen, die keine Lehrstelle in einem Unternehmen bekommen haben, eine Lehrausbildung. Inhaltlich unterscheidet sich diese nicht von einer Lehre in einem Unternehmen. Jedoch ist sie keineswegs gleich-

gestellt. Vor allem bei der Bezahlung gibt es eine große Ungerechtigkeit. Unsere rund 6.800 Kolleg:innen in der ÜBA bekommen kein Lehrlingseinkommen, sondern lediglich eine „Deckung des Lebensunterhaltes“ (DLU). Diese beträgt im ersten und zweiten Lehrjahr 372,60 Euro und im dritten und vierten Lehrjahr 860,70 Euro. Jedoch nicht, wie es viele gewohnt sind, 14-mal im Jahr, sondern nur 12-mal. Viele dieser jungen Kolleg:innen haben am Wochenende noch einen zweiten oder dritten Job, um sich das Einkommen etwas aufzubessern. Die meisten

„ÜBA-Lehrlinge“ arbeiten in produzierenden Bereichen, gerade deshalb müssen wir uns vor allem als Produktionsgewerkschaft mit ihnen solidarisieren. Weiters sollte man auch darüber sprechen, warum wir eine überbetriebliche Ausbildung überhaupt brauchen. Es ist das Ergebnis davon, dass es immer weniger Lehrstellen und Ausbildungsbetriebe gibt und Unternehmen nun teilweise ihre Wunschliste an Fachkräften bei der Politik abgeben und einfach darauf warten, dass die öffentliche Hand diese ausbildet.

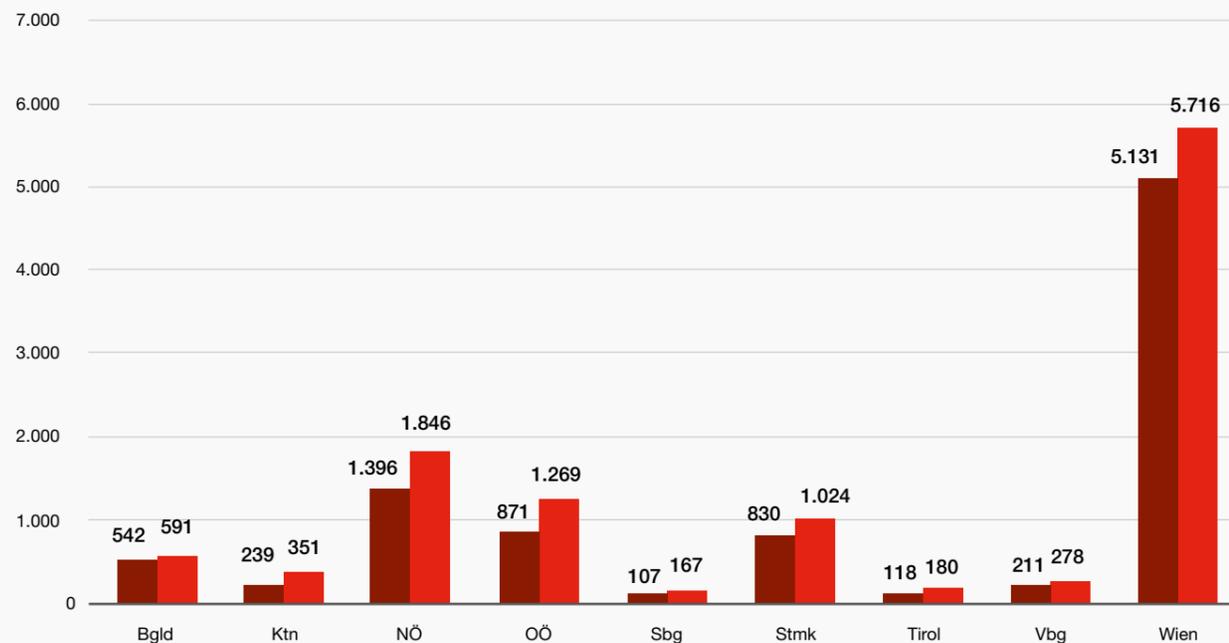
Während ihrer Lehrzeit können ÜBA-Lehrlinge Praktika in Betrieben machen. Die Qualität dieser Praktika ist leider nicht immer auf einem hohen Level. Betriebe, welche sich Lehrlinge aus der ÜBA als billige Arbeitskräfte holen, sollen für diese Praktika gesperrt werden. Um dies vorab schon zu minimieren, sollten schon vor Beginn des Praktikums Ausbildungsinhalte mit dem Be-

trieb vereinbart werden.

Um einen Job zu finden, wird oft Praxis verlangt. Für Lehrlinge in der ÜBA gestaltet sich das jedoch oft sehr schwierig. Normalerweise müssen Lehrlinge nach ihrer Lehrzeit noch mindestens drei Monate im Betrieb weiterbeschäftigt werden. Das Ausbildungsverhältnis in der ÜBA endet aber mit dem Ende der Lehrzeit. Danach sind die Kolleg:innen auf sich gestellt. Hier fordern wir eine Weiterbeschäftigungszeit in einem Praktikumsbetrieb um auch als Fachkraft Berufserfahrung sammeln zu können. Wie für jeden jungen Menschen, spielt für Lehrlinge in der ÜBA Mobilität eine große Rolle. Würden die Lehrlinge das Klimaticket Österreich zur Verfügung gestellt bekommen, würden sie ein Problem weniger haben.

Für die nächsten Jahre kann es nur ein Ziel geben, die ÜBA muss aufgewertet werden!

TeilnehmerInnen an überbetrieblichen Lehrausbildungen im Auftrag des AMS nach Bundesländern



Quelle: AMS (Datenstichtag: 4.4.2022) + iibw-Berechnungen + eigene Darstellung

FORDERUNG:

- Eine deutliche Anhebung der Deckung des Lebensunterhaltes auf das jeweilige branchenübliche Niveau
- Anspruch auf Weihnachts- und Urlaubsgeld
- Genaue Kontrolle und Feedbackgespräche mit den Lehrlingen über Qualität der Praktika in Unternehmen

- Sperrung von Betrieben, welche in den Praxismonaten nicht vernünftig ausbilden
- Festgelegte Ausbildungsinhalte, welche die Betriebe in den Praxismonaten vermitteln müssen
- Eine verpflichtende Weiterbeschäftigungszeit von mindestens sechs Monaten in einem der Praxisbetriebe
- Ein Verbot der Auslagerung der betrieblichen Lehrlingsausbildung in das ÜBA-System
- Einen gerechten Anteil für die Auszubildenden an der Förderung, welche der Betrieb für die Übernahme erhält
- Gratis Klimaticket für Lehrlinge in der überbetrieblichen Ausbildung
- Der Auftrag der überbetrieblichen Ausbildung muss in Richtung Ausbildung und weg von Vermittlung geführt werden
- Eine generelle Überarbeitung und Aufwertung des gesamten ÜBA-Systems. Gerade dahingehend, dass das ÜBA-Einkommen (DLU) nicht mehr von öffentlichen Geldern finanziert wird.
- Eine rechtliche Angleichung an betriebliche Lehrlinge in allen Belangen

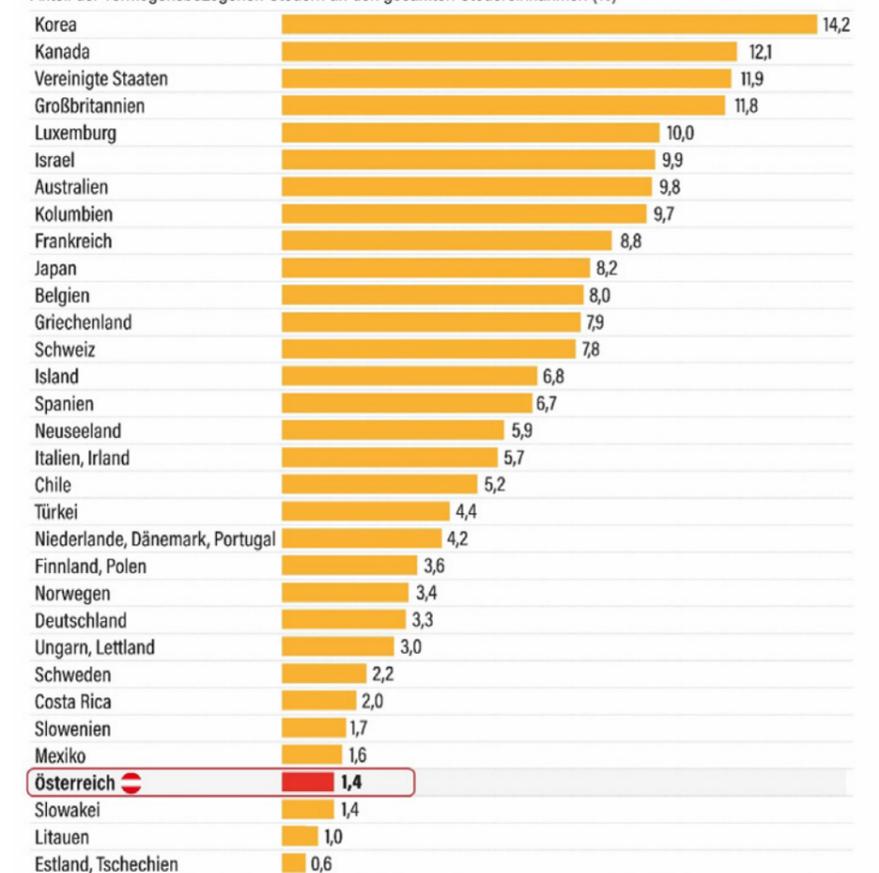
1 1) Steuern und Staat

Österreich gehört zu jenen Ländern, die Steuern. Der Jahresumsatz belief sich im Vermögen kaum besteuern. Auch die gleichen Jahr auf über 14 Millionen Euro. OECD reiht Österreich unter die Schlusslichter ein und selbst die EU-Kommission hat Österreich eine höhere Besteuerung von Vermögen empfohlen. Während Arbeit Und wäre das nicht schon schlimm genug, hoch besteuert wird, müssen Superreiche oder Millionenerben kaum etwas für bekam der Konzern im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Hilfen 800.000 € Umsatzersatz geschenkt! Insgesamt entgehen durch solche Steuertricks dem Staat rund 1,3 Milliarden Euro an Steuergeld pro Jahr. fordern sogar reiche Menschen „Besteuert uns endlich!“.

Wenn wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen, sind Steuern auf Vermögen unumgänglich. Die Veränderungen in der Arbeitswelt werden massive Investitionen in unser Bildungssystem verlangen und auch die Bekämpfung des Klimawandels und der damit verbundene technologische Umstieg wird uns Milliarden kosten. Blickt man in die Bilanzen von so manchen Konzernen, erkennt man eines: Viele Bezahlen weniger Steuern als ein Lehrling. So zahlte zum Beispiel Starbucks im Jahr 2019 gerade einmal 2.848,43 Euro

Österreich bei vermögensbezogenen Steuern fast Schlusslicht

Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (%)



Quelle: OECD 2021 | AK | #FAIRSteuern

Die Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen auch unser Steuersystem. Da Produktionsbereiche in Zukunft oft mit sehr wenigen Mitarbeiter:innen auskommen werden, müssen wir über neue Ideen der Besteuerung diskutieren.

FORDERUNG:

- Eine Wertschöpfungsabgabe für Unternehmen
- Die Einführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer mit gestaffelten Freibeträgen
- Schließung aller Steuerschlupflöcher für Konzerne und Superreiche
- Eine Beratungsstelle, die Jugendlichen dabei hilft, ihre Finanzen zu verwalten und auch Tipps zum Sparen geben kann
- Besteuerung von Übergewinnen



**MENSCH
VOR
MASCHINE**

Weil die Zukunft uns gehört!

PRO/GE JUGEND